

Landkreis beim Sozialwohnungsbau in die Pflicht nehmen

Forderung des Mieterbundes bei der Hauptversammlung – Bezahlbarer Wohnraum bleibt Dauerthema

Von unserem Redakteur
Joachim Friedl

HEILBRONN Die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum zog sich wie ein roter Faden durch die Hauptversammlung des Mieterbundes Heilbronn-Franken, zu der rund 60 Mitglieder den Weg in den Ratskeller in Heilbronn gefunden hatten. „Wer genug Geld hat, der findet nach wie vor eine Wohnung. Aber es gibt auch sehr viele nicht so gut betuchte Menschen“, betonte Alfred Huber die soziale Komponente. Für den Vorsitzenden des Mieterbundes, der rund 5600 Mitglieder vertritt, ist deshalb klar: „Es müssen in den kommenden Jahren mehr Sozialwohnungen gebaut werden.“ Eine Forderung, die im Rahmen der späteren Diskussion auch von André Sommer von der Diakonie Neuenstadt und Daniela Hehn von der Caritas Heilbronn-Hohenlohe mit Nachdruck vertreten wurde.

Entwicklung Dabei richtete Alfred Huber den Blick nicht nur auf die

Stadt Heilbronn, sondern auch auf den Landkreis: „Im Vergleich zur großen Bevölkerung und zur Zahl der Wohnungen hat der Landkreis Heilbronn nur einen minimalen Anteil an sozial geförderten Wohnungen. Und die weitere Entwicklung ist wenig ermutigend.“ Seine Aussage untermauerte er mit Zahlen: So gab es 2020 in den 46 Landkreiskommunen insgesamt nur 249 Sozialwohnungen. 2022 waren es gerade einmal elf mehr.

Für Huber ist klar: „Obwohl es Förderprogramme gibt, bekommen es die Städte und Gemeinden im Landkreis nicht hin.“ Als einen Grund hat er ausgemacht: „Die Bewohner wollen oft unter sich bleiben. Dabei gehört ein guter Mix zum Zusammenhalt dazu.“ Damit mehr Sozialwohnungen im Landkreis gebaut werden, will sich der Mieterbund künftig verstärkt mit den Bürgermeistern der Kommunen austauschen.

Ein Ansatz, preiswerte Wohnungen auf den Markt zu bringen, ist für Huber beispielsweise, weniger Ge-



Der Ruf nach bezahlbaren Wohnungen verstummt nicht. Jetzt fordert der Mieterbund Heilbronn-Franken zu mehr Bautätigkeit auf.

Foto: dpa

bäude abzureißen, sondern sie vielmehr instand zu halten. Kritik übt er an der Stadtsiedlung. Das städtische Wohnbauunternehmen hat an der Ecke Stockheimer Straße/ Neipperger Straße in Böckingen Wohngebäude abgebrochen, bis heute aber nicht mit dem Neubau

begonnen: „Die aktuellen Zinsen können nicht der Grund sein. Sie waren schon mal deutlich höher.“

Optionen Hilfreich wäre nach Ansicht von Alfred Huber auch der Bau von Werkswohnungen: „Es reicht aber nicht, dass Kommunal-

politiker so ein Thema einfach in die Runde werfen, aber dann nicht konkret werden.“ Werkswohnungen kann sich der Mieterbundvorsitzende unter anderem im KI-Park in den Steinäckern vorstellen.

Um die Wohnungsnot in den Griff zu bekommen, ist es nach Ansicht von Huber wichtig, dass vor allem der Krieg in der Ukraine beendet wird: „Nur dann verlassen die Menschen ihre Heimat nicht mehr. Das hat nichts mit Ausländerfeindlichkeit zu tun.“

Gut nachgefragt wird derzeit die vom Mieterbund angebotene Rechtsberatung. Die Schwerpunktthemen, mit denen sich die sechs Rechtsanwälte beschäftigen, sind Kündigungen, Fragen zu den Nebenkosten und zu Mieterhöhungen.

Der Mitgliedsbeitrag wird ab Januar 2024 von bisher 58 Euro jährlich auf 69 Euro erhöht. „Wir machen es ungern, aber es muss sein“, sagte Alfred Huber mit Blick auf die allgemeinen Preissteigerungen.